

Neuer Lebensstil — Veränderung durch Verzicht

Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt am Main

„Brauchen wir einen Neuen Lebensstil?“ So fragte im Sommer 1976 ein Leitartikel der FAZ, so fragt seitdem ein Plakat der action 365. Im Anschluß an die nachdenkliche bzw. zum Nachdenken anregende Frage formulierten verschiedene Autoren und Gruppen die Aufforderung zum einfachen Leben; in christlicher Sprache hört man den Ruf nach „Umkehr zur Einfachheit“, nach „Bekehrung zur Genügsamkeit“. Im letzten Heft dieser Zeitschrift scheint sich Pedro Arrupe, der Generaloberer der Jesuiten, die Forderung eines einfachen, bescheidenen Lebensstils zu eigen gemacht zu haben, insofern er den Ordensgemeinschaften empfahl, gegen die Konsumgesellschaft und den Konsummenschen, der durch schrankenlosen Verbrauch, durch Verschwendung und die Befriedigung selbstgeschaffener Bedürfnisse geprägt ist, zu protestieren; zugleich skizzierte er den Entwurf einer genügsamen Gesellschaft und eines dienstbereiten Menschen, dessen Option Solidarität, Strenge und Anspruchslosigkeit heißt, und der mit dem auskommt, was genügt.

Die Frage nach dem neuen Lebensstil bzw. die Aufforderung zum einfachen Leben mag zahlreichen Christen als akademisches Sandkastenspiel erscheinen oder als Beruhigung eines Gewissens, das sich längst für die Fortsetzung der einmal praktizierten Lebensgewohnheiten entschieden hat; für eine zunehmende Zahl junger Menschen ist der neue Lebensstil jedoch zu einem gelebten Alltag geworden.

1. Panorama des neuen Lebensstils

In den USA hat sich gegen Ende der sechziger Jahre parallel zu den politischen und religiösen Ausdrucksformen der Studentenbewegung eine ökologische Protestfront gebildet, die im Unterschied zu den beiden anderen Richtungen erst allmählich nach Europa übertragen wird: Junge Leute geben Studium und Berufstätigkeit auf, ziehen aufs Land, pachten einen (verlassenen) Bauernhof, schließen sich zu einer Wohngemeinschaft zusammen, versorgen sich selbst auf biodynamischer Grundlage und sind darauf bedacht, ein geschlossenes ökologisch-ökonomisches System zu bilden. In einer Zeitungsanzeige kann man lesen: „Liebe Landgemeinschaft, könnt Ihr mich brauchen? Ich will so eng wie möglich mit den einfachen Rhythmen der Natur in Kontakt kommen in einer Umgebung, wo den pflanzlichen, tierischen und sonstigen Wesen kein gewaltsamer Stempel

aufgedrückt wird, sondern wo sich alles aus seinem eigenen Wachstum heraus ergänzt und fördert.“

Andere Gruppen bleiben in der Stadt, gründen am Stadtrand eine Wohn- und Fabrikgemeinschaft in einer von ihnen selbst gegründeten Firma, die mit einem überschaubaren Produktionsapparat, also ‚sanfter‘ Technologie arbeitet. Die notwendige Energie wird über Sonnenkollektoren und Windmühlen gewonnen, die Versorgung mit Nahrungsmitteln durch Hydrokulturen und Fischzucht gesichert.

Die in Europa gebildeten Wohngemeinschaften und Initiativgruppen propagieren einen Nahrungsmittelverbrauch auf vegetarischer Basis, sparsamen Verbrauch von Energie, partiellen Verzicht auf Privatauto, Heißwasser, Aufzug, Spülmaschine und Plastikware, die Wiederverwendung von Altpapier und Altglas. Bei allen Gruppen ist das Verantwortungsbewußtsein für die Probleme der Dritten Welt stark ausgeprägt; als charakteristisch gelten die Informationsschriften bzw. die Aufrufe vom „Arbeitskreis Dritte Welt“, der Aktion „e“ sowie der Ökumenischen Initiative „Eine Welt“.

2. Motive des neuen Lebensstils

Die Lebensstil-Bewegung resultiert aus einer komplexen Motivkette, deren einzelne Glieder zerlegt und gesondert beurteilt werden müssen. Die Aufgliederung erfolgt in zwei Bereiche: Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühl.

Zukunftsangst

Seit Anfang der siebziger Jahre berufen sich apokalyptische Zukunftsvisionen auf gegenwärtig wahrnehmbare Krisenphänomene: die Krise von Energie, Kernkraft, Umwelt und Wachstum, aus denen entsprechend eine Energie-, Atom-, Umwelt- und Wachstumsangst hervorgegangen ist.

Aus der Erinnerung an die von Autos leergefegten Straßen während der Sonntage im Dezember 1973, an die in den Städten teilweise abgeschaltete Weihnachtsbeleuchtung, an den angedrohten Erdölboykott und die anschließende Preiserhöhung für Rohöl sowie die immer wieder vorgetragene Warnung, daß einmal die Lichter ausgehen könnten, wandelt sich die triviale Einsicht, daß Rohstoffe knappe (weil nur begrenzt vorhandene) Güter sind, zu einer Schreckensnachricht, die unkontrollierte Reaktionen auslöst. Bei der Lebensstilbewegung wird sie in den Appell umgemünzt, daß jede Umwegproduktion zu vermeiden sei.

Analog werden das verständliche Bemühen, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Erdöl zu verringern, die Suche nach Alternativenergien und die

Erprobung jener Energiegewinnungsarten, die fast jede Rohstoffabhängigkeit zu beseitigen versprechen, als ein Unternehmen verdächtigt, das notwendig in der atomaren Verseuchung des Planeten enden müsse. Die lächelnde Sonne der „Atomkraft-Nein-Danke“-Anhänger verschleiert eher den Ernst, der in der Umgebung von Why!, Brokdorf und Grohnde zu blutigen Auseinandersetzungen führte. Die Lebensstil-Bewegung bezieht aus dieser Atomangst ihre Präferenz für Sonnen- und Windenergie.

Die sich häufenden Fälle von Luftverschmutzung durch das Ausströmen giftiger Gase und von Küstenverschmutzung durch auslaufende Öltanker haben die Besorgnis über die Umweltbelastung durch Industrie, Haushalte und Straßenverkehr in Empörung und zugleich in eine Schreckensvision umschlagen lassen, daß die Menschen im Smog der Städte und die Lebewesen auf dem Planeten insgesamt ersticken, wenn die Menschen ihre Lebensgewohnheiten unverändert fortsetzen. In diese Strömung sind die von der Lebensstil-Bewegung praktizierten Formen des Recycling und der Substitution von Kunststoffen durch Naturprodukte einzuordnen.

Schließlich scheinen die seit fünf Jahren beobachtete Arbeitslosigkeit, die Konsumzurückhaltung der breiten Masse der Bevölkerung sowie die Investitionsunlust der Unternehmer die Modellrechnungen des Club of Rome zu bestätigen und darüber hinaus die Befürchtung wachzurufen, daß die wirtschaftlichen Wachstumsraten der fünfziger bzw. sechziger Jahre endgültig vorbei und überhaupt die Grenzen des Wachstums erreicht seien. Die Lebensstil-Bewegung leitet aus diesem Phänomen die Berechtigung ab, zur radikalen Umverteilung des vorhandenen Gütervorrats zugunsten der Dritten Welt aufzurufen.

Ohnmachtsgefühl

Das Gefühl umfassender Ohnmacht scheint durch einen Systemdruck erzeugt zu werden, dessen Komponenten durch drei Stichworte charakterisiert werden sollen: Internationale Konfliktfelder, wirtschaftliche Entfremdung, politische Entfremdung.

Die fortwährende Existenz *internationaler Konfliktfelder* ist durch die Diskussion um die Neutronenbombe wieder grell ins Bewußtsein gehoben worden. Gleichzeitig wurde die Ohnmacht breiter Bevölkerungsschichten wie auch der Parlamentarier deutlich, der technischen Entwicklung der Rüstungsindustrie und der Spirale des Rüstungswettlaufs Einhalt zu gebieten; man gewinnt den Eindruck, daß es bei dem Bemühen bleiben wird, den jeweiligen Vorsprung zu wahren und ihn, sobald er gefährdet ist, durch Überholmanöver zu sichern.

Neben dem Ost-West-Gegensatz wird jedoch immer deutlicher das Nord-Süd-Gefälle wirtschaftlicher Entwicklung als internationales Kon-

fliktfeld gesehen. Trotz aller Zielprojektionen und Programme scheint sich die Einkommensschere zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern auszuweiten; über das internationale Wirtschafts- und Währungssystem entscheiden wie bisher die reichen Länder; der internationale Handel und die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zementieren den Dualismus zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und innerhalb der Volkswirtschaft der Entwicklungsländer, der zwar exportorientiertes Wachstum, aber nicht in gleicher Weise die Berücksichtigung der Basisbedürfnisse der Menschen mit sich bringt; und schließlich denken die Industrieländer nicht daran, ihre gegen die Entwicklungsländerimporte errichteten Handelsbarrieren abzubauen, während die öffentliche Kapitalhilfe weit unter dem vor Jahren zugesagten Niveau liegt. Aus dem Bewußtsein, daß dieser Konflikt die soziale Frage des 20. Jahrhunderts ist, mobilisiert die Lebensstil-Bewegung Initiativen zur Selbstbesteuerung zugunsten von Entwicklungsprojekten in der Dritten Welt sowie Verkaufsfaktionen mit Waren aus besonders benachteiligten Ländern.

Wirtschaftliche Entfremdung wird sowohl im Konsum- als auch im Produktionsbereich empfunden.

Im Widerspruch zur marktwirtschaftlichen Ordnung, deren logischer Ausgangspunkt der Konsument mit seinen Bedürfnissen ist, unterliegt ein Wirtschaftsprozeß, der durch hochkonzentrierte Unternehmen und marktmächtige Konzerne bestimmt ist, dem Verdacht, daß die Bedürfnisse der atomisierten Konsumenten durch Werbung und Angebotsabsprachen weniger Produzenten manipuliert werden können. Deshalb unterwirft die Lebensstil-Bewegung bestimmte Produkte, deren aufoktroierter Statussymbol-Charakter augenfällig ist, einer besonderen Ächtung.

Wirtschaftliche Entfremdung tritt aber auch in der Form einer Dehumanisierung des Menschen als Produzenten auf. Die menschenunwürdige Unterwerfung des Arbeiters unter die Befehlsgewalt des Kapitaleigners, die Trennung des Arbeiters vom Ergebnis seiner Arbeit, die Reduktion des Arbeitsvorgangs auf eine stereotype Bewegung innerhalb eines arbeitsteiligen Prozesses, die Anpassung des arbeitenden Menschen an Tempo und Rhythmus des Fließbandes, Akkord- und Schichtarbeit, Dequalifizierung der Arbeiter infolge kapitalintensiver Technologien, der Zwang, dem Jugendliche ausgesetzt sind, sich für vorhandene Produktionsapparate und Produktionsergebnisse, die ihren eigenen Interessen widersprechen, ausbilden zu lassen, signalisieren den Widerstand der Wirklichkeit gegen eine Grundoption der christlichen Sozialkritik: Ursprung, Zentrum und Ziel jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ist der Mensch. Diesem als irrational empfundenen Systemdruck setzt die Lebensstil-Bewegung eine ‚sanfte‘ Technologie entgegen, die von E. Schumachers Buch: „Small is Beautiful“ inspi-

riert und durch die Merkmale der Überschaubarkeit, Durchsichtigkeit und Kommunikation geprägt ist.

Politische Entfremdung wird bei zunehmender Basisferne der parlamentarischen Gremien empfunden. Repräsentative Gremien spiegeln in der Regel nicht mehr die Zusammensetzung der Bevölkerung wider; damit entfernen sich ihre Entscheidungen immer mehr von den unmittelbaren Interessen der Basis. Außerdem überfordert die Komplexität der ökonomischen und juristischen Bedingungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene die Urteilkraft des einzelnen Parlamentariers wie auch des parlamentarischen Gremiums insgesamt; Repräsentanten sind immer mehr dem Sachverstand und der Überzeugungskraft einer Bürokratie ausgeliefert, die sich zwischen Basis und Repräsentanz schiebt. Die ölfleckartige Ausbreitung dieser Bürokratie führt zu deren Zentralisierung und ebenfalls zu wachsender Bürgerferne. Die Ohnmacht der Menschen an der Basis diesem parlamentarischen System und Behördenapparat gegenüber läßt die Reaktion der Lebensstil-Bewegung verständlich werden: sich in überschaubaren Wohngemeinschaften, in autarken ökonomischen und pädagogischen Sozialgebilden zu organisieren.

3. Motivtest

Im folgenden soll nach der Tragfähigkeit der Motive, einen neuen Lebensstil zu begründen, gefragt werden.

Die Zukunftsangst ist irrational

Die Zukunftsangst erscheint einem nüchternen, mit ökonomischen Zusammenhängen halbwegs vertrauten Betrachter überzogen; sie trägt irrationale Züge, die als tragend vorgebrachten Argumente erscheinen widerlegbar.

Sollte das *Rohstoffproblem* darin bestehen, daß bestimmte Rohstoffe nicht beliebig vermehrbar sind, so wird nur eine ökonomische Binsenwahrheit ausgesprochen. Wirtschaftliches Handeln ist durch die Verfügung über knappe Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele definiert. In einem dezentralen, marktwirtschaftlichen System sind die verfügbaren Rohstoffvorräte eine Funktion des Preises bzw. der jeweiligen Angebots- und Nachfrage-Konstellation. Ein relativ hoher Rohstoffpreis wird unter sonst gleichen Bedingungen das Angebot ausweiten und die Nachfrage zurückdrängen, während ein relativ niedriger Rohstoffpreis das Angebot zurückdrängen und die Nachfrage ausweiten wird. Auf dem Hintergrund dieser Beobachtung ist die Unterscheidung zwischen Rohstoffressourcen, deren Abbau technisch möglich ist, und Rohstoffreserven, deren Abbau wirtschaftlich erscheint, bedeutsam. Als Folge des technischen Fortschritts einer-

seits und der gestiegenen Rohstoffpreise andererseits konnten die Rohstoffreserven seit etwa 30 Jahren im Durchschnitt auf dem Stand einer zwanzig- bis fünfzigfachen jährlichen Bergbauproduktion gehalten werden. Darüber hinaus hat sich die statische Lebensdauer des Abbaus der sicheren und wahrscheinlichen Vorräte zwischen 1966 und 1976 z. B. bei Kupfer von 37 auf 66 Jahre, bei Blei von 27 auf 52 Jahre, bei Zink von 17 auf 33 Jahre, bei Bauxit von 159 auf 239 Jahre erhöht. Schließlich ist damit zu rechnen, daß ebenfalls als Funktion des Rohstoffpreises die Suche nach Substituten bzw. das Recycling als attraktiv erscheint.

Das *Energieproblem* stellt sich ökonomisch ebenfalls als ein Abwägen von Alternativen dar. Kohle, Erdöl, Erdgas, Sonne, Wind und Kernspaltung oder -fusion konkurrieren miteinander. Das Entscheidungskriterium kann nichts anderes sein als die Alternativkosten des jeweiligen Produktionsprozesses. Die Arbeitskosten der Ingenieure und deren Arbeitsbedingungen in einem Kernkraftwerk sind gegen die Arbeitskosten und Arbeitsbedingungen der Bergleute unter Tage abzuwägen. Diese Rechnung gilt allerdings auch für die Risikokosten (Entsorgung) und Sozialkosten (Umwelt). Das Datengerüst des Energieproblems stellt sich zwar in einem graduell früher nicht gekannten Ausmaß dar, insofern makroökologische Fernwirkungen bedacht und die Lebenschancen kommender Generationen eindringlicher berücksichtigt werden müssen; grundsätzlich werden jedoch die bisherigen Dimensionen ökonomisch und politisch verantwortlichen Handelns nicht gesprengt.

Das *Umweltproblem* läßt sich marktwirtschaftlich allein nicht lösen, denn das marktwirtschaftliche Steuerungssystem ist an das Vorhandensein privater Güter gekoppelt, die nur individuell, d. h. unter Ausschluß eines anderen Interessenten verbraucht werden können und deshalb zur Aufdeckung einer authentischen Nachfrage zwingen, deren Befriedigung dem einzelnen unmittelbar zugerechnet werden kann. Öffentliche Güter dagegen haben die Eigenschaft, gemeinsam in Anspruch genommen werden zu können; die Aufdeckung einer individuellen authentischen Nachfrage unterbleibt in der Hoffnung, sich an die durch den Nachbarn signalisierte Nachfrage anzuhängen, ohne zu einer Gegenleistung verpflichtet zu werden, diese vielmehr auf andere abzuwälzen. So verlangt die Bewertung der Umweltbeeinträchtigung eine politische Entscheidung über den zumutbaren Grad der Umweltbelastung und deren ökonomische Umsetzung in ein System von Umlagen bei mangelnder Zurechenbarkeit bzw. in ein System von Beiträgen bei möglicher Zurechnung. Daß solche Entscheidungen bei wachsendem Problemdruck nicht unterbleiben, ist durch die Ereignisse der vergangenen Jahre erwiesen; verschärftes Umweltbewußtsein und tatsächlich erfolgte Einsprüche sind nicht wirkungslos geblieben.

ben, haben sogar nach unterschiedlichen Berechnungen einen Investitionsstau von mehreren Milliarden DM hervorgerufen.

Das *Wachstumsproblem* läßt sich nicht auf die Alternative „Wachstum oder Nullwachstum“ reduzieren. Intensives Wachstum ist bereits dann vorhanden, wenn das gleiche Produktionsergebnis durch weniger Arbeits- oder Kapitaleinsatz, durch weniger schwere bzw. schmutzige Arbeit erzielt wird. Doch E. Eppler fragt zu Recht nach der Richtung des Wachstums. Damit wird Wachstum zu einer Begleiterscheinung und zu einem Indikator für wirtschaftlichen Strukturwandel (von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft), zu einer Begleiterscheinung und zu einem Indikator für den Bedürfniswandel von Menschen, die z. B. weniger Bier trinken und dafür mehr Urlaubsreisen buchen, die weniger Ziegelsteine für Eigenheime suchen und dafür mehr Ausbildung in Instrumentalmusik oder kreativer Gestaltung. Wachstumsgrenzen erscheinen erst dann am Horizont, wenn der Mensch aufhört, erfinderisch in der Entdeckung und Neuschaffung von Bedürfnissen zu sein, und wenn er aufhört, erfinderisch zu sein, um diese Bedürfnisse zu befriedigen.

Nimmt man diese Zusammenhänge ernst, könnte sich der harte Kern des gegenwärtig relativ stagnierenden Wachstums als kritischer Punkt einer Neuorientierung von Konsumenten und Produzenten erweisen, die – mißtrauisch einander beobachtend – dabei sind, die in den sechziger Jahren international zurückgestauten und dann zu Beginn der siebziger Jahre in Form von Inflationsgefälle, Wechselkursverschiebung und Zahlungsbilanzungleichgewicht durchbrechenden strukturellen Verwerfungen der Weltwirtschaft zu verdauen.

Das Ohnmachtsgefühl ist umkehrbar

Die Zukunftsangst müßte als wenig begründet überwunden werden können. Das Ohnmachtsgefühl dagegen erscheint begründet. Seine Ursachen sind ernst zu nehmen. Allerdings empfiehlt sich eine andere Lösungsstrategie: Veränderung statt Verzicht, politische Aktion statt persönlicher oder gruppenbezogener Weigerung, Planung der nächsten Schritte statt radikaler Wende.

Der *Nord-Süd-Konflikt* erweist sich in seinem Kern als internationales Verteilungsproblem. Verteilungskonflikte können um einen Einkommensbestand oder um einen Einkommenszuwachs ausgetragen werden. Im ersten Fall kann der eine Partner nur gewinnen auf Kosten des anderen, im zweiten Fall kann sich die Situation des einen verbessern, ohne daß sich die Situation des anderen verschlechtert. Umverteilungsmaßnahmen unter den Voraussetzungen des Nullwachstums erfordern einen absoluten Verzicht des einen Partners zugunsten des andern und sind ohne moralische

Appelle nicht zu verwirklichen; ob sie überhaupt zumutbar sind, solange ‚sanftere‘ Alternativen zur Verfügung stehen, mag dahingestellt bleiben. Umverteilungsmaßnahmen unter den Voraussetzungen eines realen Wachstums dagegen erfordern einen relativen Verzicht des einen und können darüberhinaus an das gemeinsame Interesse appellieren, weil in einer dynamischen Wirtschaft der Einkommenszuwachs des einen immer auch zur Nachfrage beim andern wird und umgekehrt.

Auf Grund dieses ökonomischen Zusammenhangs wird man die Hauptforderungen der Entwicklungsländer im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung als berechtigt ansehen und sich zu eigen machen: die weitere Öffnung der Industrieländerimporte für die Produkte der Entwicklungsländer sowie eine Erhöhung des Kapitaltransfers aus privaten oder öffentlichen Mitteln in die Länder der Dritten Welt. Das erste Ziel ist mit einschneidenden Anpassungsmaßnahmen des Produktionsapparats der Industrieländer verbunden; das zweite Ziel fordert eine Erhöhung der Sparquote, d. h. des nicht dem unmittelbaren Verbrauch zugeführten Einkommensanteils, der nun wiederum nicht Investitionszwecken innerhalb der Industrieländer, sondern Investitionszwecken in Entwicklungsländern mit entsprechenden Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen zugeführt wird und dann erst möglicherweise als Investitionsgüter- oder Konsumgüternachfrage in den weltwirtschaftlichen Norden zurückströmt.

Eine Änderung in der Verwendung des Einkommenszuwachses ließe sich – entsprechend der Keynesschen Hypothese, daß zusätzliches Einkommen nicht gleichbleibend proportional für den Konsum und das Sparen verwendet wird, – ab einer gewissen Einkommenshöhe automatisch erwarten, doch wird man auf diesen Effekt angesichts der relativ niedrigen Durchschnittseinkommen in den Industrieländern nicht vertrauen. Es käme also darauf an, durch Aufklärung oder sozialpädagogische Initiativen die öffentliche Meinung zu mobilisieren und schließlich ein Zwangssparen zugunsten der Dritten Welt zu organisieren, damit in Form einer Entwicklungssteuer ein Teil des zuwachsenden Einkommens abgeschöpft und als nicht rückzahlbarer Zuschuß über den Etat des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder einen multilateralen Entwicklungsfonds in die Entwicklungsländer übertragen wird. Ein solcher Einkommenstransfer ist ansatzweise bereits durch die Ölpreisstrategie der OPEC-Länder durchgesetzt worden; tatsächlich steht seit der Ölpreiserhöhung infolge der geringen Absorptionsfähigkeit einiger OPEC-Staaten den Entwicklungsländern mehr Kapital als früher zur Verfügung, ohne daß die Industrieländer, insofern sie auf die Nachfrage der OPEC-Staaten elastisch haben reagieren können, den Zusammenbruch ihres Lebensstandards erleben,

wenngleich der strukturelle Anpassungsbedarf des Produktionsapparates ihre Volkswirtschaft einer starken Belastungsprobe unterzogen hat.

Das Ausgeliefertsein des *Konsumenten* an die manipulierende Werbung ist sicher eine ernsthafte Bedrohung der menschlichen Freiheit. Zum Teil resultiert sie aus der Unternehmenskonzentration und der Vermachtung der Märkte, insofern das organisierte Angebot den atomisierten Verbrauchern gegenübertritt. Eine harte Wettbewerbspolitik, Maßnahmen des Verbraucherschutzes und die Organisation der Verbraucher könnten dieses Ungleichgewicht zwischen Angebots- und Nachfrageseite verringern.

Andererseits sollte man die Abwehrreaktionen des modernen Menschen gegen eine überzogene Werbung auch nicht unterschätzen. Wer die immunisierenden Bemerkungen jugendlicher Kinobesucher beim Abspulen der Zigarettenreklame beobachtet, hat allen Grund, sich über die Unabhängigkeit dieser Menschen zu freuen. Jedenfalls wirkt es befremdlich, wenn angesichts der Kaufzurückhaltung einer Bevölkerung, der 1975 auf Grund einer Steuerreform etwa 15 Mrd. DM Kaufkraft zur Verfügung gestellt wurden, prophetische Stimmen von maßlosem, übermäßigem und verschwenderischem Konsum reden.

Wahrscheinlich verbirgt sich hinter der Kritik eines Konsums auf Grund selbstgeschaffener Bedürfnisse eine Vorstellung, die davon ausgeht, daß interpersonal gültige Kategorien existieren, die zwischen menschlichem Grundbedarf und Luxusbedarf unterscheiden lassen. Doch welcher Maßstab könnte dafür in Anspruch genommen werden? Wem sollte das Recht eingeräumt werden, eine verbindliche Bedarfsrangskala für die gesamte Bevölkerung zu entwerfen? In einer ständischen Gesellschaft konnte das Definitionsproblem der angemessenen (*aequum*) und überflüssigen (*superfluum*) Ausstattung mit Nahrungsmitteln und Kleidung durch die Zugehörigkeit zu einem Stand gelöst werden. Wie soll jedoch in einer pluralistischen Gesellschaft eine übereinstimmende Meinung über bis ins Detail gehende Konsumansprüche (weiße oder bunte Unterwäsche) erzielt werden, ohne daß die Herstellung dieser einheitlichen Meinung totalitäre Züge annähme? Schul- und Volkspädagogen neigen leicht dazu, die Interessen und Ansprüche der Massen als manipuliert anzusehen, wenn sie mit den eigenen elitären Interessen und Ansprüchen nicht konform gehen; sie halten sich für berufen, die eigene (durch aufgeklärtes Bewußtsein erworbene) Bedarfsrangskala zum normativen Orientierungspfeiler zu erheben, ohne daß sie Bedenken hätten, in der Propaganda ‚natürlicher‘ Bedürfnisse selbst manipulativ tätig zu werden.

Natürlich trägt jeder ‚Schrittmacher‘ von Bedürfnissen und deren Befriedigung eine hohe Verantwortung, damit nicht der eigne Marsch in eine Sackgasse von jedem Nachfolger wiederholt wird. Doch ein Diktat,

das das je neue und eigene Experiment unterbindet, stellt keine gerechte Lösung des Verteilungsproblems dar; angesichts der Unterentwicklung der Dritten Welt und des Bestrebens der dortigen Länder, sich durch Industrialisierung zu entwickeln, klingt mancher gutgemeinte Rat, auf diese Form der Entwicklung zu verzichten, wie blanker Zynismus. Damit wird jedoch weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene das aufklärende Bemühen um Veränderung der öffentlichen Meinung und um Veränderung der Bedarfsoptionen oder -prioritäten bestritten, sondern eher im Rahmen politischer Aktion gefordert.

Die *Humanisierung der Arbeit* ist zugegebenermaßen mehr Wunsch als Wirklichkeit. Das marktwirtschaftliche System, das von den Ansprüchen des Konsumenten her konstruiert ist, und das ausschließlich von der Kapitaleseite her konzipierte Unternehmensrecht erleichtern jene Mentalität, die bereit ist, den Arbeiter als Produzenten einer ihn belastenden Situation auszusetzen in der Erwartung, er könne sich über ein relativ hohes Einkommen als Konsument entschädigen.

Marxistische Gesellschaftsanalyse und christliche Sozialkritik wenden sich ähnlich scharf gegen eine solche Mentalität, indem sie für den Vorrang der menschlichen Arbeit gegenüber dem Kapital und für die Selbstverwirklichung des Menschen durch Arbeit eintreten. Allerdings wird sich auf lange Sicht die Arbeitswelt nicht humanisieren lassen, wenn man den technischen Fortschritt ausschaltet, sondern nur, wenn man ihn in Dienst nimmt. Ebenso wird man der politischen Option, durch Integration der Arbeiter in das kapitalistische System dieses schrittweise zu verändern, langfristig höhere Erfolgschancen einräumen als der Strategie resignierter Weigerung oder klassenkämpferischer Konfrontation. Die Erfahrung scheint zu bestätigen, daß die Organisation der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften, die tarifpolitischen Auseinandersetzungen sowie die Ansätze von Mitbestimmung und Mitbeteiligung im Unternehmen ein vergleichbar hohes Maß an Humanisierung der Arbeitswelt herbeigeführt haben.

Das Unbehagen an den *politischen Institutionen* wird von der christlichen Sozialkritik als Protest gegen eine ideologisch fehlgesteuerte Praxis des bürokratischen Sozialismus, des technokratischen Kapitalismus, der autokratischen Demokratie interpretiert. Allerdings ruft Papst Paul VI. in seinem Brief aus Anlaß des 80. Jahrestages des ersten päpstlichen Rundschreibens zur sozialen Frage (Octogesima adveniens) zur politischen Aktion auf, um eine bestimmte Gestalt demokratischer Gesellschaft, in der Gleichheit und Mitbestimmung verwirklicht sind, zu schaffen. Politische Verweigerung, Rückzug in eine Subkultur oder Gegengesellschaft sind vielleicht ein Weg, um angesichts des bestehenden Systemdrucks für den einzelnen

Menschen bzw. für eine überschaubare Gruppe ein gewisses Maß an Selbstidentität und Glück zu finden; sie erscheinen jedoch kaum als ein wirksamer Weg, der den Bürgerinitiativen, Basisresolutionen, Parteitagsanträgen oder dem persönlich sehr aufreibenden langen Marsch durch die Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) vergleichbar wäre, um die bestehende komplexe Großgesellschaft in eine neue Phase gesamtgesellschaftlicher Entwicklung zu transformieren. Denn dazu müßte das Spannungsverhältnis zwischen Intimität und Institution, zwischen Gruppe und organisierter Gesellschaft, zwischen den verschiedenen Ebenen des föderativen Systems nicht aufgelöst, sondern ausbalanciert werden.

4. Falsche Alternativen

Gemeinsamer Orientierungspunkt jeden menschlichen Handelns, das aus dem Geist des Evangeliums hervorgeht, ist der Glaube an Gott und der Einsatz für den Mitmenschen – oder in der Kurzformel der 32. Generalversammlung der Jesuiten: Glaube und Gerechtigkeit. Das bisher Gesagte vermittelt den Anschein, als trage politische Aktion unmittelbar zur Veränderung der Welt auf mehr Gerechtigkeit hin bei, weil sie eine umfassende Beschreibung und Analyse der Situation, eine überprüfbare Zielformulierung sowie die Auswahl und dauernde Kontrolle der Instrumente zur Erreichung dieser Ziele einschließt.

Der Verzicht würde demgegenüber als funktionslos gelten; denn er gleicht einer Rückzugsbewegung in die vertraute Idylle symmetrischer Beziehungen, er stellt einen Ausbruchversuch geschlossener Minderheiten dar, deren Entscheidungen nicht unter Zeitdruck stehen, und die sich deshalb basisdemokratische Organisationsformen leisten können. Der Verzicht wirkt wie der Rückschritt in ein Paradies, das in nostalgischer Verklärung als natürlicher Ursprung des Menschen geglaubt wird, wie ein prophetischer Protest, der den Zivilisationsstaub von den Füßen schüttelt und die Großgesellschaft sich selbst überläßt, um abseits von ihr und ohne ihre Demonstrationsgegenstände (Auto, Fleisch, technische Raffinesse, Plastik) in der blühenden Wüste einer selbst eingerichteten Gegenwelt das persönliche Glück zu finden. Aus dieser Sicht heraus würde Verzicht die Großgesellschaft nicht verändern und damit seine gesellschaftliche Legitimation verlieren.

Veränderung und Verzicht sind jedoch falsch gestellte Alternativen. Der persönliche oder komunitäre Verzicht ist nicht funktionslos; auch er will verändern. Ohne diesen Funktionalzusammenhang mit der gesellschaftlichen Veränderung wird jeder Verzicht, wie die Erfahrungen der Lebensstil-Bewegungen beweisen, sinnlos und absurd. Deshalb kann keine Zumutung darin liegen, Verzichtstrategien auf ihre ökonomischen Fernwir-

kungen hin zu befragen: ob z. B. Produktion und Verkauf von Jute statt Plastik letztlich die Industrialisierungsbemühungen in Bangladesch fördern oder die monokulturelle Rohstoffabhängigkeit dieses Landes zementieren, ob der Verzicht auf Fleischkonsum die Exportchancen und Devisenbestände einiger Entwicklungsländer vermindert oder vermehrt, ob die Zurückweisung technischen Fortschritts die nationalen bzw. internationalen Beschäftigungsziele realisieren hilft oder sie gefährdet. Prophetische Umkehr entbindet also nicht von der Verpflichtung, die Wirksamkeit der nächsten Schritte zu überdenken; die Spiritualität des persönlichen Verzichts muß transformiert werden in die Spiritualität der Strukturveränderung.

Andererseits lassen sich Vorbehalte dagegen anmelden, jede Verzichtstrategie vor das Tribunal der ökonomischen Vernunft zu zitieren. Mitglieder der Lebensstil-Bewegung sind davon überzeugt, daß das gegenwärtige ökonomische System bisher noch nicht den Beweis erbracht habe, zu einem Mehr an menschlicher Freiheit und Gerechtigkeit geführt zu haben. Jedenfalls muß zugestanden werden, daß die ökonomische Entscheidungsregel der Effizienz nur eine formale Ziel-Mittel-Beziehung darstellt und so für gesellschaftliche Optionen verfügbar ist; aus sich heraus beantwortet sie nicht die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens.

Deshalb hat der persönliche und komunitäre Verzicht eine unaufhebbare Signalfunktion. Wenn es stimmt, daß menschliche Bedürfnisse gesellschaftlich bedingt sind, dann müssen immer wieder Zeichen des Widerspruchs gesetzt werden von Menschen, die gegen öffentliche Zwänge Alternativwerte aufzeigen und durch ihr verändertes Bewußtsein den Beweis erbringen, daß es auch anders geht. Dieses neue Bewußtsein ist zunächst nur bei wenigen vorhanden, kann aber über sozialpädagogische Prozesse auf die Mehrheit übertragen werden. Verändertes Bewußtsein allein überzeugt jedoch die große Masse nicht, es sei denn durch die konkrete Tat Fleisch geworden. Mitunter muß in Kauf genommen werden, daß eine Handlung nicht aus einem detaillierten, theoretisch verantworteten Konzept erwächst; es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß Verzichtleistungen, die ökonomisch unmittelbar fragwürdig erscheinen, Verhaltensänderungen auslösen, deren ökonomische und politische Folgewirkungen höchst erwünscht sind. So kommt den provokativen Lebensstil-Bewegungen eine für Wirtschaft und Gesellschaft wichtige Funktion zu: sie können Schrittmacherdienste der Veränderung leisten und in Kleingruppen bereits zukünftige großgesellschaftliche Verhaltensmuster analog und experimentell vorwegnehmen.

Als Kardinal Frings 1958 die deutschen Katholiken zu einem Fastenopfer für die Anliegen der Dritten Welt aufrief, ließen sich gegen das sozial-

caritativ motivierte Projekt zahlreiche Einwände formulieren. Nach zwanzig Jahren jedoch wird kaum mehr bestritten, daß ein erheblicher Teil der Bewußtseinsveränderung innerhalb der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf den Nord-Süd-Konflikt den kirchlichen Hilfswerken zuzuschreiben ist. Analog kann damit gerechnet werden, daß die Selbstbestimmungsbewegung zugunsten der Dritten Welt auf die Dauer eine Bewußtseinslage unter den Deutschen schafft, die den politischen Widerstand gegen eine Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe brechen hilft.

Persönlicher Verzicht und strukturelle Reform stehen in einem Wechselverhältnis zueinander. Ungerechte Strukturen sind keine fremde Macht, der der Mensch handlungsunfähig ausgeliefert ist; sie sind immer aus menschlicher Freiheit hervorgegangen und bleiben ihr verfügbar. Wie menschliche Freiheit für den Ursprung einer Gesellschaftsstruktur verantwortlich zeichnet, so kann sie die Verantwortung für die Veränderung einer als fremd und ungerecht empfundenen Struktur nicht von sich abwälzen. Umgekehrt entwirft menschliche Freiheit sich selbst und in einem die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Möglichkeit, so daß persönliche Umkehr ohne Strukturveränderung scheitern muß. An der Entwicklung des bischöflichen Hilfswerks Misereor kann veranschaulicht werden, wie persönlicher Verzicht und Strukturveränderung wechselseitig ineinander greifen. Die sozial-caritativ motivierte Bewegung hatte schon bald das Problem der wirtschaftlich effizienten Verwendung der Spendengelder zu bewältigen. Die stark projektorientierten Entwicklungsmaßnahmen haben die öffentliche Diskussion um den Stellenwert der „basic needs“ breiter Bevölkerungskreise der Dritten Welt, um die Verteilungswirkungen der Entwicklungshilfe überhaupt und die Einordnung der staatlichen Programme in eine sozialorientierte Entwicklungspolitik angeregt. Von diesen strukturellen Veränderungen gingen wieder starke Impulse auf die kirchliche Entwicklungsarbeit aus, die einzelnen Entwicklungsprojekte stärker in regionale und nationale Entwicklungsprogramme zu integrieren.

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß ethische Forderung und spirituelle Verpflichtung weder auf den persönlichen Bereich noch auf den Bereich der gesellschaftlichen Struktur eingeschränkt oder als Alternativen behandelt werden können. Verzicht und politische Aktion, einfacher Lebensstil und Strukturarbeit sind strategische Variablen zur Veränderung des politisch-ökonomischen Systems auf mehr Gerechtigkeit hin. Persönlicher Verzicht ist geboten, wenn und insofern er Gesellschaft verändert.